

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/03/2010
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 27.04.2010
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. Bericht aus dem Integrationsrat
5. Haushaltskonsolidierung
Hier: Einstellung des Zuschusses für die Beratungsstelle des Diakonischen Werkes (Opfer von Menschenhandel) ab 2011
6. Bericht über den Stand der Gespräche des 1. Sparpaketes
Hier: Kürzung Zuschüsse Freie Wohlfahrtspflege
7. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Ausschussmitglieder und die anwesenden Gäste zur Sitzung des Sozialausschusses.

Frau Sauerwein gibt zu Protokoll, dass sie auch im Namen von Herrn Beuth in Bezug auf TOP 5 der letzten Sitzung des Sozialausschusses vom 24.03.2010 eine Anmerkung machen wolle. Ihnen sei entgangen, dass es bei diesem Punkt eine Abstimmung zum Gesamthaushalt gegeben habe. Sie wolle das Abstimmungsergebnis insofern korrigieren, dass sie nicht dafür stimmen wollten, sondern sich enthalten wollten.

Frau Priester-Büdenbender sichert zu, dass das Anliegen in dieser Form im Protokoll festgehalten wird.

2. Mitteilungen

Frau Priester-Büdenbender berichtet, dass es nun gelungen sei, alle Probleme zur Konstituierung des Behindertenbeirates aus dem Weg zu räumen. Im Mai werde der Rat einen entsprechenden Beschluss dazu fassen. Die Konstituierung des Behindertenrates finde am 08.06.2010 statt.

Herr Steuber berichtet zum letzten Stand der Verwaltungsmeinung hinsichtlich der Neuregelung der SGB II – Trägerschaft. Die Stadt Hagen beabsichtige nach wie vor, von der Option keinen Gebrauch zu machen, sondern weiterhin mit der Bundesagentur für Arbeit in der ARGE zusammenzuarbeiten.

Es solle eine Optionsregelung in das Gesetz eingefügt werden, die so aussähe, dass 110 Kreise und kreisfreie Städte in Deutschland von insgesamt 440 Trägern die Optionsmöglichkeit eröffnet bekommen sollten. Das hieße, dass es zu den insgesamt 69 bereits vorhandenen noch weitere geben solle. Die Gesamtzahl solle auf ein Viertel der Gesamtträgerschaft fixiert werden.

Es gebe derzeit den Entwurf einer Rechtsverordnung, in dem vorgesehen sei, dass von dem Träger, der eine Option wahrnehmen wolle, gewisse Regularien erfüllt werden müssten. Wenn das Gesetz beschlossen worden sei, werde man eine Vorlage für den Rat fertigen.

Für den Fall, dass der Rat der Stadt Hagen sich für eine Option entscheiden würde, müsse es eine 2/3 Drittel Mehrheit dafür geben. Dann müssten diejenigen, die länger als 24 Monate bei der Bundesagentur beschäftigt seien, in ein Dauerbeschäftigungsverhältnis bei der Stadt übernommen werden. Es handle sich dabei um rund 120 Leute. Nach der derzeitigen Regelung sei vorgesehen,

dass 87,6 % der Personalaufwendungen vom Bund erstattet würden. Der Rat habe einen Entscheidungsvorbehalt in dieser Sache.

3. Bericht aus dem Seniorenbeirat

entfällt

4. Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Kilic berichtet aus dem Integrationsrat.

Herr Haensel erklärt, dass er davon ausgegangen sei, dass alle Nationalitäten im Integrationsrat vertreten seien. Ab wann sei man stimmberechtigtes Mitglied und wann sei man beratendes Mitglied?

Herr Kilic antwortet, dass 14 gewählte ausländische Mitglieder und 7 vom Rat in den Integrationsrat entsandte Mitglieder stimmberechtigt seien. Alle anderen Vertreter von Verbänden und verschiedener Nationen seien beratende Mitglieder.

5. Haushaltskonsolidierung

Hier: Einstellung des Zuschusses für die Beratungsstelle des Diakonischen Werkes (Opfer von Menschenhandel) ab 2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Vierhaus erläutert, was zu diesem Einsparungsvorschlag geführt habe. Die Ämter und Fachbereiche der Verwaltung seien seinerzeit von der Zukunftskommission aufgefordert worden, sowohl Personal- als auch Sachkosten einzusparen. Dieser Auftrag sei auch an ihr relativ kleines Amt gegangen. Es bestünde aus 1,5 Stellen. Als die Beratungsstelle eingerichtet worden sei, sei der Zuschuss an ihr Amt angegliedert worden.

Außer den Personalkosten und einem minimalen Budget habe es keine Einsparpotentiale gegeben, so dass sie gezwungen gewesen sei, den Zuschuss an die Beratungsstelle als Einsparmaßnahme vorzuschlagen.

Als diese Stelle vor über 10 Jahren bei dem "Verein Frauen helfen Frauen" eingerichtet worden sei, seien die umliegenden Kreise gebeten worden, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Der Ratsbeschluss laute so, dass die Stadt Hagen die Beratungsstelle unter Beteiligung der umliegenden Kreise fördere.

Die beiden Kreise seien nicht bereit gewesen, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Der Ennepe-Ruhr-Kreis sei der einzige gewesen, der sich mit einem geringen Beitrag beteiligt habe. Es sei aber nicht sicher, ob der Betrag in Höhe von zurzeit 2.000 € weiterhin aufgebracht werden könne.

Das Land habe diese Beratungsstellen seinerzeit flächendeckend in Nordrhein-Westfalen einrichten wollen. Die Region Südwestfalen sei nicht vertreten gewe-

sen. Von daher sei das Land froh gewesen, dass man mit der Einrichtung die Region Südwestfalen abdecken konnte. Die Frauen, die aufgegriffen würden, würden nicht vor Ort betreut, sondern durch ganz NRW geschickt, um eine sicherere Bleibe zu haben. In Hagen habe es im gesamten Zeitraum viel weniger Fälle von Menschenhandel gegeben als im Märkischen Kreis und im Hochsauerlandkreis.

Aus fachlicher Sicht handele es sich hierbei um eine Landesaufgabe. Die Beratungsstelle leiste eine ganz wichtige Arbeit.

Herr Franke und seine Kollegin berichten von ihrer Arbeit in der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes für die Opfer von Menschenhandel (**siehe Anlage zu TOP 5**).

Herr Ciupka möchte wissen, wo die acht angesprochenen Beratungsstellen sich befinden.

Herr Franke erklärt, dass es sich um die Standorte Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Hagen, Herford, Herne und Köln handelt.

Herr Ciupka kann die Aussage in der Vorlage nicht nachvollziehen, dass sich die Opfer im Falle der Standortschließung in Hagen in „weit entfernten“ Orten Hilfe suchen müssten.

Frau Vierhaus erklärt, dass bei Einrichten der Stelle hauptsächlich Opfer von Frauenhandel betreut wurden. Diese wären von der Polizei, nachdem sie bei Razzien aufgegriffen worden seien, aus Sicherheitsgründen in weit entfernte Orte gebracht worden. Dort seien sie dann auch betreut worden.

Herr Söhnchen bedankt sich für den Vortrag. Er möchte wissen, in wie vielen Fällen es sich um Hagenerinnen handele und wie viele Personen von der Polizei durch Razzien zugewiesen würden.

Herr Franke teilt mit, dass bei den 21 Fällen aus diesem Jahr keiner von auswärts sei. Das hieße, nicht außerhalb von Hagen und dem Ennepe-Ruhr-Kreis. Hier gebe es eine Vereinbarung, dass man wechselseitig schaue, wo man die Frauen am besten unterbringe. Der Schwerpunkt liege aber bei Hagenerinnen.

Frau Helling möchte wissen, welche anderen Angebote vor Ort dazu Bezugspunkte hätten.

Frau Sauerwein fragt, wie sich die Landesregierung zu der Problematik stelle, da es sich ja um ein Landesprogramm handele. Gebe es keine Möglichkeit von Seiten des Landes, Druck auf die Kreise auszuüben, sich an solchen Einrichtungen zu beteiligen?

Herr Söhnchen möchte wissen, ob es bei den acht Beratungsstellen auch inhaltliche Schwerpunkte gibt.

Frau Kramps fragt, ob das Diakonische Werk die Arbeit fortführe, wenn sich die Stadt Hagen aus dem Bereich herausziehe. Gebe es weiterhin Landeszu-

schüsse, dass die Arbeit zukünftig gesichert sei? Kenne man die Ursache, warum in den beiden Kreisen weitaus mehr Fälle vorkämen?

Frau Vierhaus antwortet, dass es damals nur Fälle gegeben habe, wenn Razzien gemacht worden seien. Das hieße aber nicht, dass es weniger Fälle von Menschenhandel in Hagen gebe. Offensichtlich gebe es in den Kreisen andere Strukturen.

Herr Franke berichtet, dass es zu dem Zeitpunkt, als das Programm aufgelegt worden sei, das Prostitutionsgesetz noch nicht gegeben habe. Daher habe es noch illegale Prostitution gegeben, die insbesondere in Wohnungsprostitution stattgefunden habe. Daher habe es in diesem Metier im ländlichen Bereich einen Schwerpunkt gegeben. Inzwischen sei Prostitution legalisiert. Darum lägen ihm dazu keine Zahlen vor.

Das Land habe sehr großes Interesse an diesem Programm. Die Koordinierung und Vernetzung hier in Nordrhein-Westfalen laufe direkt über das Ministerium. Er gehe nicht davon aus, dass das Land die zur Verfügung stehenden Mittel ausbaue. Es habe allerdings in dem gesamten Bereich auch keine Kürzungen gegeben.

Die Schwerpunkte der Beratungsstellen seien unterschiedlich. Die Stellen in Dortmund und Essen hätten zum Beispiel ihren Schwerpunkt im Bereich der Prostitutionsberatung. In Hagen sei die einzige Beratungsstelle, die an eine Zuwanderungsberatungsstelle angedockt sei.

Der gesamte Bereich der Zwangsverheiratung sei ein großes Problem. Dafür gebe keinen adäquaten Ersatz. Die Frauen, die aus dem näheren Umfeld kämen und sich bei ihnen beraten ließen, könnten es im Rahmen der Zuwanderungsberatung tarnen. Auch dafür gebe es keinen Ersatz.

Herr Haensel erklärt, dass sich die Frage, ob das Diakonische Werk die Arbeit fortführe, so nicht stelle. Im Sozialausschuss müsse geklärt werden, ob man das Problem in Hagen sehe. Wenn die Trägeranteile kommunalpolitisch beschnitten würden, dann könne das Diakonische Werk das nicht mehr tragen. Man bringe als Träger ohnehin Synergien ein, indem man das mit der Zuwanderungsberatungsstelle zusammenbringe. Aus dem Kreis der Politik sei seinerzeit angeboten worden, dass das Diakonische Werk dafür Spenden eingeworben bekomme. Das sei nicht passiert und man zahle weiterhin darüber hinaus.

Frau Fischbach vergleicht die Entwicklung der Fallzahlen mit der Entwicklung der Zahl der Stellen seit 2005 und fragt sich, ob die dazugekommene halbe Stelle nicht einzusparen sei.

Sie zitiert aus dem Papier unter „Konsequenzen und Auswirkungen“, dass geprüft werden müsse, ob die Stadt die Unterbringungskosten, die jetzt vom Land getragen werden, selbst zahlen müsste. Sie fragt, ob das inzwischen geprüft worden sei.

Frau Priester-Büdenbender merkt zu dem ersten Teil des Wortbeitrages von Frau Fischbach an, dass die Entwicklung der Fallzahlen erst ab dem Jahr 2007

bewertet werden könne, da erst ab diesem Zeitpunkt die Diakonie die Beratung übernommen habe. Die Jahre 2005 und 2006, in denen der Verein „Frauen helfen Frauen“ die Beratung gemacht habe, sollten außer Acht gelassen werden.

Herr Franke erklärt zu dem zweiten Teil des Wortbeitrages von Frau Fischbach, dass man dazu keine sichere Aussage treffen könne. Man habe die Verabredung getroffen, dass man als erstes die Unterbringungsgelder, die man vom Land bekäme, verbrauche. Das habe bis auf letztes Jahr auch immer gereicht. Im letzten Jahr habe man weniger Unterbringungsgelder zur Verfügung gehabt. Daher habe die Stadt Hagen auch Kosten tragen müssen. Im letzten Jahr habe man einen Betrag in Höhe von 10.000 € an Unterbringungsgeldern gehabt. In diesem Jahr stünde ein Betrag in Höhe von ca. 14.000 € zur Verfügung. Davon würden zum größten Teil die kommunalen Kosten in Hagen und kurzfristige Aufenthalte in umliegenden Frauenhäusern getragen. Die Entwicklung der Kosten für die Stadt Hagen hänge damit zusammen, wie sich der Aufenthalt der Frauen weiter entwickele und in welchen Status sie kämen.

Herr Stüwe ergänzt, dass über Landesmittel die Unterbringung der Frauen gezahlt worden sei, solange Mittel zur Verfügung gestanden hätten. Darüberhinaus habe die Stadt die Kosten getragen. Richtig sei aber auch, dass die Frauen durch die Beratungsstelle von auswärts nach Hagen gekommen und hier untergebracht worden seien. Wenn es die Beratungsstelle nicht gegeben hätte, hätte die Stadt auch die Kosten nicht gehabt.

Herr Franke stellt fest, dass es bei der Betreuung zurzeit um die Frauen handle, die auch aus Hagen kämen.

Herr Steuber ist der Meinung, dass man mit einer Trägerschaft schlecht beraten sei, wenn die Existenz einer Beratungsstelle und der erste Anlauf einer Klientin in dieser Beratungsstelle einen gewöhnlichen Aufenthalt begründe und alle Folgekosten bei der Kommune verblieben. Er sichert zu, die Konstruktion aufzugreifen. Wenn das so sei, müsse man einen Appell an das Land richten, eine andere Finanzierungsorganisation einzubauen.

Herr Söhnchen stellt fest, dass deutlich geworden sei, dass man in dieser Sache heute nicht zum Abschluss käme. Er wolle die Problematik mit in die Fraktion nehmen, weil man größeren Beratungsbedarf habe.

Da es sich um eine Einsparung ab 2011 handle, gerate man nicht unter Zeitdruck. Er bittet, anhand der Auswertungen der Verwaltung, die dem Protokoll beigelegt werden, eine weitere Beratung in den Fraktionen vorzunehmen zu können und den Punkt dann noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Ciupka erklärt, dass die Polizei doch auch über Beratungsstellen verfüge. Inwieweit erfolge bei der Polizei auch die Beratung dieses Personenkreises? Ließen sich über den Weg nicht auch Synergieeffekte erzielen? Er spräche jetzt für sich und nicht für seine Fraktion. Er wolle keine Erwartungen wecken, die später nicht zu halten seien.

Herr Franke antwortet, dass es bei der Polizei den Opferschutz gebe, der auch beratend tätig sei. Man arbeite auch in den Fällen mit dem Opferschutz zu-

sammen, in denen die Polizei mit eingebunden sei. Jedoch sei alles, was man dem Opferschutz mitteile, von der Polizei weiter zu verfolgen. Damit verbiete sich die Zusammenarbeit an all den Stellen, in denen die Opfer keinen Kontakt zur Polizei haben wollten.

Herr Henschel sieht für seine Fraktion keinen Beratungsbedarf mehr.

Frau Priester-Büdenbender fasst zusammen, dass der Antrag auf Vertagung gestellt worden sei und noch Beratungsbedarf in der Sache bestehe. Es sei guter Brauch, diesem Antrag stattzugeben. Sie setzt dabei das Einverständnis des Ausschusses voraus.

Sie bedankt sich bei den Gästen für den ausführlichen Vortrag.

6. Bericht über den Stand der Gespräche des 1. Sparpaketes Hier: Kürzung Zuschüsse Freie Wohlfahrtspflege

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Priester-Büdenbender erklärt, dass Hintergrund dieses Tagesordnungspunktes sei, einen Informationsstand darüber zu bekommen, wie viele Punkte in den Arbeitsgruppen abgearbeitet worden seien und ob alle Gruppen nach demselben Verfahren arbeiteten.

Sie bittet Frau Buchholz, für die Gruppe I Bericht zu erstatten.

Frau Buchholz erklärt, dass die Gruppe I das Themenfeld Migration und Wohnungslosigkeit bearbeite. Dazu gehöre auch das Thema Schuldnerberatung. Zunächst habe man geprüft, welche Stellen welche Angebote vorhielten. Dies sei anhand eines Bogens „Aufgabenkritik“ durchgeführt worden. Mittlerweile habe man zwei von drei Arbeitsfeldern abgearbeitet. Daraus habe man Empfehlungen und Alternativen entwickelt. Bei dem letzten Thema Wohnungslosigkeit habe man jetzt mit der Analyse begonnen. In der nächsten Woche werde man dieses Thema fortführen.

Herr Bach berichtet von der Arbeit der Gruppe II. Er führt aus, dass diese für Senioren, Behinderte und Pflege zuständig sei. Dabei seien die Themenfelder Frühförderung, Betreuungsstelle und Seniorenbegegnungsstätten. Er beschreibt die Inhalte der Themenfelder.

Auf die Frage von Frau Priester-Büdenbender, ob in der Gruppe II auch die vorgegebenen Formblätter benutze, erklärt Herr Bach, dass alle Gruppen diese Formblätter benutzen.

Herr Reinke berichtet aus der Gruppe III mit den Bereichen Sucht und Drogen. Dazu gehörten auch die Schwangerschaftsberatung, die Aidshilfe und die Suchtberatung. Er sei zuversichtlich, dass man bis Ende Mai die Themen abgearbeitet habe und Vorschläge machen könne.

Herr Söhnchen zeigt sich irritiert über die Aussage von Herrn Bach, dass dort in der Gruppe auch die Formblätter benutzt würden. Ihm sei bekannt, dass das nicht der Fall sei.

Herr Bach sichert zu, dass die Bögen ausgefüllt werden.

Frau Priester-Büdenbender beschreibt das verabredete Verfahren und fragt Herrn Bach, ob diese Vorgehensweise in der Gruppe II dem entsprochen habe.

Herr Bach bestätigt, dass die Gruppe so vorgegangen sei.

Bei der Frühförderung und der Betreuungsstelle habe es keine Aufwendungen der freien Träger gegeben. Von daher sei nur der Part der Stadt Hagen vorgelegt worden. Es stünden noch die Formblätter der Seniorenbegegnung und der Pflege- und Wohnberatung aus.

Frau Priester-Büdenbender führt aus, dass sich der Sozialausschuss noch intensiv mit der Thematik beschäftigen werde, sobald die Empfehlungsbeschlüsse vorlägen.

Herr Haensel führt aus, dass er davon ausgegangen sei, dass der Kämmerer der Stadt Hagen wie im Jugendhilfeausschuss auch an der heutigen Sitzung des Sozialausschusses teilnehmen werde. Er berichtet aus der Beratung aus dem Jugendhilfeausschuss.

Er fragt, ob auch im sozialen Bereich mit weitergehenden Sparmaßnahmen zu rechnen sei.

Frau Priester-Büdenbender stellt fest, dass das erste Ziel die Einsparung des Betrages in Höhe von 106.000 € aus dem ersten Sparpaket sei. Dieser Beschluss sei erweitert insofern erweitert worden, als dass auf Grundlage des Papiers der Zukunftskommission zu schauen sei, wo Synergieeffekte zu Einsparpotentialen führen könnten. Das geschehe aber erst im zweiten Schritt.

Herr Steuber möchte das Verfahren erläutern, weil es wichtig sei, dass eine verlässliche Grundlage der Zusammenarbeit auch im Ausschuss gegeben sei. Er berichtet aus der Beratung im Jugendhilfeausschuss zu dieser Thematik. Man müsse diese Thematik im Gesamtzusammenhang sehen.

Alle Fachbereiche und Ämter der Stadtverwaltung hätten bis zum 31. Mai den Auftrag, Vorschläge zu machen. Für den Fachbereich Jugend & Soziales ergebe sich dabei eine Einsparvorgabe von 9,5 Millionen Euro. Er gehe sicher davon aus, dass weitergehende Vorschläge über die 106.000 € hinaus zu machen seien.

7. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Söhnchen fragt, wann sich der Sozialausschuss mit dem kommunalen Altenplan beschäftige. Werde dieser dem Ausschuss regelmäßig vorgestellt?

Frau Priester-Büdenbender erklärt, dass die Anregung aufgenommen wird. Der Punkt werde auf die Tagesordnung gesetzt.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.40 Uhr

gez. Petra Priester-Büdenbender
Vorsitzender

Gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin